Jugendpolitische Forderungen

Jugendpolitik mit und für junge Menschen in Sachsen-Anhalt – Mitmachen statt nur mitgemeint!

Jugendpolitik lebt vom Mitmachen, von den Ideen der jungen Menschen. Jugendpolitik ist daher auch nur mit IHNEN gestaltbar. Junge Menschen haben klare Vorstellung von ihrem Jetzt, aber auch von ihrer Zukunft. Mit ihnen gemeinsam gilt es, die überall vielbeschworenen gleichwertigen Lebensbedingungen herzustellen. Egal, ob ein Kind in der Altmark aufwächst, in Wittenberg oder in Magdeburg - ihre Bedarfe und Bedürfnisse müssen für die Gestaltung der Jugendpolitik vordergründig sein.

Die kinder- und jugendpolitischer Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt war im Sommer unterwegs und hat sich mit ganz unterschiedlichen Vertreter*innen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe getroffen. In den Gesprächen mit den jungen Menschen und auch den Fachkräften wurden die nachstehenden Punkte als vordergründig benannt.

Digitale außerschulische Jugendbildung verstetigen: Dauerhaft digitale Angebote gewährleisten!

Schon längst ist der digitale Raum Teil der Lebenswelten von jungen Menschen. Die Corona-Pandemie zwang uns alle, dies endlich deutlich zu erkennen und entsprechende Onlineangebote zu entwickeln und vor allem anzuwenden. Dies gilt auch für die außerschulische Jugendbildung. Die entsprechende Richtlinie wurde mit coronabedingten Regelungen übergangsweise versehen. Jedoch müssen jetzt entsprechende Ableitungen für die Zukunft formuliert werden.

Für uns ist klar, dass insbesondere digitale Angebote durch die Träger für die jungen Menschen auch weiterhin ermöglicht werden müssen. Dazu fordern wir, die Finanzierung der digitalen außerschulischen Jugendbildung zu verstetigen und mit entsprechenden finanziellen Ressourcen auszustatten. Zusätzlich dazu müssen alle Träger in die Lage versetzt werden, eine zeitgemäße Technik und Hardware für das Anbieten solcher digitalen außerschulischen Bildungsmaßnahmen zu beschaffen. Die neu formulierten Ausnahmeregelungen sollen dauerhaft in die Förderrichtlinie integriert werden. Generell gilt, dass bestehende Förderrichtlinien für die Jugendarbeit hinsichtlich ihrer Aktualität und Angemessenheit in punkto Digitalisierung, Medieneinsatz und Medienvermittlung kritisch überprüft werden.

Kinder- und Jugendeinrichtungen mit öffentlichem WLAN ausstatten: Zugang zum Internet als Bestandteil der Daseinsvorsorge begreifen!

Heutzutage ist es von größter Relevanz, schnellstmöglich Informationen abrufen und austauschen zu können. Gerade für junge Menschen ist ein Zugang zum Internet oft unerlässlich, um am gesellschaftlichen, sozialen Leben teilhaben zu können. Ob in der Schule, während der Pandemie im Homeschooling oder zur Kommunikation untereinander: Der digitale Raum hat schon längst die alltägliche Präsenz in der jugendlichen Lebenswelt erreicht. Doch nicht alle jungen Menschen haben gleicherma-

ßen die Mittel dazu, einen Internetanschluss zu Hause zu nutzen oder sich ein Handy mit ausreichend Datenvolumen leisten zu können.

Wir verstehen den digitalen Zugang ein soziales Grundrecht! Um vor allem Kindern und Jugendlichen Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir eine vollumfängliche Ausstattung von allen Kinder- und Jugendeinrichtungen im Land mit öffentlichem WLAN. Für ein erfolgreiches und partizipatives Aufwachsen muss es gelingen, jedem Menschen unabhängig vom eigenen Geldbeutel einen Zugang zum Internet zu ermöglichen. Dies trägt dazu bei, jungen Menschen ein adäquates Großwerden und gerechte Bildungschancen zu ermöglichen.

Selbstverwaltete Jugendräume fördern: Von früh auf lernen, Verantwortung zu übernehmen!

Der Wert von engagierten jungen Menschen ist ein unerlässlicher Faktor für unsere Gesellschaft und Demokratie. Dass dennoch junge Menschen nur so wenig Beteiligungsmöglichkeiten auf den einzelnen Ebenen von Kommune und Land haben, ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

Für uns ist klar: Demokratie muss für Kinder und Jugendliche so früh wie möglich erlebbar werden. Dazu müssen auch selbstverwaltete Jugendräume im Land unterstützt und diese mit einem entsprechenden Finanzvolumen ausgestattet werden. Für das Sammeln eigener Erfahrungswerte ist es unerlässlich, dass junge Menschen selbst Verantwortung übernehmen lernen und in diesem geschützten Raum auch eigene Ideen praktisch umsetzen können. Projekte müssen auch scheitern dürfen, um daraus selbst Erfahrungswerte ableiten zu können. Fangen wir an, diesen jungen Menschen mehr zuzutrauen, denn das haben sie sich nicht erst seit der Corona-Pandemie verdient!

Gleichermaßen gilt es, die Beteiligung vor Ort und auch auf der Landesebene zu stärken und zu verstetigen. Junge Menschen sind Expert:innen ihrer selbst, sie sind in allen ihren Belangen einzubeziehen und ernst zu nehmen. Weiterhin geht damit einher, endlich auch das Wahlalter herabzusetzen und junge Menschen an Kommunal- und Landtagswahlen bereits mit 14 Jahren teilhaben zu lassen.

Beitragsfreiheit für Kinder und Jugendliche in Sportvereinen: Gesundheit frühzeitig fördern!

Eine regelmäßige sportliche Betätigung ist für Kinder und Jugendliche wichtig, um ein gesundes und altersgerechtes Großwerden erleben zu können. Darüber hinaus ermöglichen jegliche Formen des Sports eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und stärken Gemeinschafts- und Verantwortungsbewusstsein. Insbesondere in Folge der Corona-Pandemie mussten diese Bereiche gravierende Einschnitte verzeichnen. Monatelang ist es nicht möglich gewesen, sich zu bewegen und Freund:innen beim Fußball oder Rudern zu treffen. Der schulische Sportunterricht konnte aufgrund von Abstands- und Hygienebedingungen nur spärlich realisiert werden.

Wir wollen alle jungen Menschen ermutigen, jetzt nicht die Füße auf der Couch zu lassen, sondern wieder den Weg zur regelmäßigen Bewegung zu finden. Wir fordern daher, eine Beitragsfreiheit für alle Menschen bis zum 18. Lebensjahr in Sportvereinen, damit auch unabhängig vom Geldbeutel eine gerechte Chance auf sportliche Betätigung wahrgenommen werden können. Hierzu müssen landesseitige Förderungsmaßnahmen avisiert werden, um den Vereinen die Einnahmeausfälle zu erstatten.

Insbesondere Menschen mit Beeinträchtigung müssen Angebote unterbreitet werden, um deren Teilhabe bestmöglich realisieren zu können. Dabei geht es an erster Stelle um den Spaß, die Gemeinsamkeit, es geht nicht um Wettbewerb.

Jugendarbeit sichern: Beschäftigten eine Perspektive bieten!

Die Beschäftigten leisten Großartiges, unterstützen junge Menschen auf ihrem Lebensweg und geben ihr Bestmögliches. Gerade in den Zeiten der Pandemie sind sie eine besondere Stütze im Leben der Kids. Kitasozialarbeiter:innen, Schulsozialarbeiter:innen und Mitarbeitende in der Jugendarbeit waren oftmals eine erste Anlaufstelle, wenn es um die Herausforderungen des Homeschoolings, Probleme mit den Eltern im häuslichen Miteinander ging oder es auch zu Gewalt kam. Dass diese Menschen selbst in überwiegend befristeten Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind, ist für uns als LINKE nicht hinnehmbar!

Fachkräfte der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Kita- und Schulsozialarbeit, von institutionell geförderten Trägern sowie von Beratungsstellen brauchen Perspektiven. Dazu gehört auch ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Dazu müssen Zuwendungsverträge für mehrere Jahre erteilt werden, mindestens aber über 5 Jahre!

Insbesondere in der kommunalen Jugendarbeit müssen wir umgehend verbessern: Die Mittel für die kommunale Jugendarbeit nach § 31 KJHG LSA sind um 500.000 Euro pro Jahr aufzustocken. Des Weiteren muss neben einer höheren Dynamisierung auch ein Flächenfaktor eingeführt werden. Dieser trägt dazu bei, insbesondere Nachteile für junge Menschen in der Erreichbarkeit von Angeboten der Jugendarbeit im ländlichen Raum auszugleichen und Benachteiligungen vorab entgegenzuwirken.

Kita- und Schulsozialarbeit endlich verstetigen!

Schulsozialarbeit zeigt bereits seit mehr als 20 Jahren im Land Sachsen-Anhalt, welch unermesslichen Wert sie für die Entwicklung von jungen Menschen hat. Seit knapp zwei Jahren wurden auch erste Angebote der Kita-Sozialarbeit etabliert und sind in den Einrichtungen, in denen sie wirken, nicht mehr wegzudenken. Fachkräfte in beiden Bereichen engagieren sich, um individuellen Benachteiligungen entgegenzuwirken und Chancengleichheit herzustellen.

Schulsozialarbeit kämpft seit Anfang an um ihre Verstetigung. Die Unsicherheiten der eigenen Situation sind nicht zuträglich für die wichtige Beziehungsarbeit mit den jungen Menschen. Wechselnde Ansprechpartner*innen sorgen nicht für Kontinuität, Vertrauen geht verloren, muss neu aufgebaut werden.

Sowohl Kita- als auch Schulsozialarbeit sind aus der Projektitis herauszuholen und verbindlich zu verstetigen.

Personalschlüssel in Kindertagesstätten deutlich verbessern: Kinderförderung ernsthaft betreiben!

Eine auf das Kind fokussierte Förderung ist für das Aufwachsen unserer Jüngsten von höchster Be-

deutung. Im Land haben wir eine Vielzahl an engagierten pädagogischen Fachkräften, die Herausragendes leisten und versuchen, jedem Kind ein bestmögliches Großwerden zu ermöglichen. Laut des Kinderförderungsgesetzes des Landes (KiFöG) hat eine Fachkraft in der Kinderkrippe dabei rund 6 Kinder und einer Fachkraft in der Kita 12 Kinder zu betreuen[1]. Dieser Personalschlüssel sagt aber kaum etwas über die tägliche Fachkraft-Kind-Relation. Mitunter betreut eine pädagogische Fachkraft bis zu doppelt so viele Kinder[2].

Die Schaffung von Vor- und Nachbereitungszeiten, eines Stundenpools als Personalausfallreserve, Leistungsfreistellung von mindestens 6 Wochenstunden sowie 2,5 Wochenstunden für die Betreuung von Berufspraktikant*innen und Studierenden sind dabei wesentliche Eckpfeiler für die Verbesserung der Arbeitssituation der Erzieher:innen.

Wir als LINKE kämpfen weiterhin für einen uneingeschränkten Rechtsanspruch für jedes Kind. Damit die Jüngsten aber auch bestmöglich gefördert werden können, bedarf es einer Anpassung des bestehenden Personalschlüssels. Dies gelingt nur mit einer Neuorganisation des Finanzierungssystems von Kita. Dabei muss sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert werden. Ebenfalls wollen wir das gemeindliche Defizit abschaffen, und somit auch die schrittweise Absenkung der Kostenbeiträge mit dem Ziel der Beitragsfreiheit ermöglichen.

(Sexualisierter) Gewalt eine Absage erteilen: Präventions- und Interventionsangebote schaffen!

Mit dem weiterhin wachsenden Einzug des Digitalen in die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen treten immer stärker Gefährdungspotentiale wie sexualisierte Gewalt in den Vordergrund. Die PARTNER 5 - Studie der Hochschule Merseburg konstatierte, dass bereits 50% der befragten Mädchen und 25% der befragten Jungen solche Erfahrungen im digitalen Raum bereits erlebt haben[3]. Selbst in dem 7. Kinder- und Jugendbericht des Landes schilderte eine besorgniserregend hohe Anzahl von jungen Menschen von eigenen oder im Umkreis erlebten Gewalterfahrungen. Dies gelte insbesondere für Menschen der LGBTIQ+-Community[4].

Diesen Tendenzen muss schleunigst entgegengetreten werden. Daher fordern wir als LINKE die Schaffung von Strukturen, die mit präventiven und interventionellen Angeboten über insbesondere (sexualisierte) Gewalt aufklären und die Problematik aktiv bearbeiten. Hierbei müssen auch queere Menschen als Zielgruppe solcher Maßnahmen in den Betrachtungsfokus rücken. Wir verstehen es als unsere gesellschaftliche Pflicht, jeglichen Formen von Gewalt solidarisch den Kampf an zu sagen, vor allem unsere Kinder und Jugendlichen davor zu schützen und Betroffenen entsprechende Hilfen zu ermöglichen.

---

[1] Vgl. KiFöG §21, Absatz 2

[2] Vgl. https://sat.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++6f376aac-da66-11eb-9d68-001a4a160119

[3] Vgl.: https://www.ifas-home.de/wp-content/uploads/2021/07/Primaerbericht-Gewalt-PARTNER-5-Jugendliche-FINAL.pdf (S. 5)

[4] Vgl.: https://ms.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MS/MS/4_Kinder_Jugend/7._Kinder-_und_Jugendbericht_des_Landes_Sachsen-Anhalt.pdf (S. 134)